

Formblatt 124 (Eignung) der Stadt Verl:

Baumaßnahme: Erweiterung der Gesamtschule Verl

Leistung/Gewerk: S 354.01 Klinker Fassade

Vergabenummer: VGH-I-2024-13

Name des Unternehmens

- als Einzelbieter
- als Mitglied einer Bietergemeinschaft
- als Nachunternehmer / anderer Unternehmer

I.) Eigenerklärung über fehlende Ausschlussgründe

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

- 1.) Ich/wir erkläre(n), dass kein zwingender Ausschlussgrund im Sinne des § 123 GWB vorliegt, also dass bezogen auf die letzten fünf Jahre
 - a) keine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB meinem/ unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/ unser Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach folgenden Vorschriften (oder vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten):
 - (1) § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - (2) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - (3) § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - (4) § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - (5) § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - (6) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - (7) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - (8) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - (9) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - (10) den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
 - b) nicht durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt worden ist, dass mein/ unser Unternehmen den Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist
- 2.) Ich/Wir erkläre(n), dass kein fakultativer Ausschlussgrund im Sinne des § 124 GWB vorliegt, also dass bezogen auf die letzten drei Jahre

- a) mein/unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- b) mein/unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- c) mein/unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird;
- d) mein/unser Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- e) kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- f) keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass mein/unser Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- g) mein/unser Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- h) mein/unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat, und
- i) mein/unser Unternehmen nicht
- versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- 3.) Ich/Wir erkläre(n), dass in den letzten drei Jahren keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen Verstoßes nach § 23 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist.
- 4.) Ich/Wir erkläre(n), dass in den letzten drei Jahren keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist,
- a) nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch mit einer Geldbuße von wenigstens Zweitausendfünfhundert Euro rechtskräftig belegt worden ist oder
- b) nach § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes wegen eines Verstoßes gegen das SchwarzArbG zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder mit einer Geldbuße von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt bzw. belegt worden ist.
- 5.) Ich/Wir erkläre(n), dass in den letzten drei Jahren keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines Verstoßes nach § 21

Mindestlohngesetz mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist.

- 6.) Ich/Wir erkläre(n), dass mein/unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz sowie einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister beim Bundeskartellamt anfordern.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrags wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle für Vergabeausschlüsse nach sich ziehen kann.

Soweit eine Einzelerklärung nicht bestätigt werden konnte, habe(n) ich/wir den Grund hierfür nachfolgend angegeben. Außerdem habe(n) ich/wir erläutert, warum mein/unser Unternehmen trotzdem nicht vom Vergabeverfahren auszuschließen ist. Mir/Uns ist bekannt, dass die Nichtabgabe der vorstehenden Erklärungen zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führt.

Wenn ich/wir bei einer Nummer, z. B. Nr. 2, kein Kreuz gesetzt habe(n) und nachfolgend nur auf einen einzelnen Buchstaben, z.B. lit. g), eingehe(n), ist meine/unsere Eigenerklärung so zu verstehen, dass ich/wir alle anderen Eigenerklärungen zu dieser Nummer, in diesem Beispiel also zu den Buchstaben lit. a) bis f) und h) bis i) der Nr. 2, abgebe(n).

Exakte Bezeichnung unter Angabe der Nummer und des Buchstabens sowie die detaillierte Begründung, soweit eine/ mehrere Einzelerklärung/en im Vordruck 124, Ziff. I.) auf den Seiten 1 bis 3, nicht bestätigt werden konnte/n, ggf. mit Darstellung der Selbstreinerigungsmaßnahmen gem. § 125 GWB und weiteren Erläuterungen auf Beiblättern:

Ort, Datum

Erklärung in Textform gem. § 126b BGB: Name des Unternehmens

II.) Eigenerklärung über Umsätze

Umsätze des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Geschäftsjahr	Umsatz (in EUR)

III.) Eigenerklärung über Referenzen

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten fünf Kalenderjahren vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben. Als **Mindestanforderung** sind **zwei Referenzen** über vergleichbare Leistungen anzugeben. Vergleichbar sind Referenzen, deren Gegenstand sowohl von der Art als auch vom Umfang her dem Ausschreibungsgegenstand zumindest nahekommt.

1. Referenz

Bezeichnung der Leistung / Kurzbeschreibung:	
Auftraggeber:	
Anschrift	
Ansprechpartner mit Kontaktdaten (Telefonnummer oder E-Mail):	
Leistungserbringung als	<input type="checkbox"/> Hauptauftragnehmer <input type="checkbox"/> Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft <input type="checkbox"/> Nachauftragnehmer
Ort der Leistung:	
Leistungszeitraum:	
Nettoauftragswert:	€
Sonstige Anmerkung / Erklärung	

2. Referenz

Bezeichnung der Leistung / Kurzbeschreibung:	
Auftraggeber:	
Anschrift	
Ansprechpartner mit Kontaktdaten (Telefonnummer oder E-Mail):	
Leistungserbringung als	<input type="checkbox"/> Hauptauftragnehmer <input type="checkbox"/> Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft <input type="checkbox"/> Nachauftragnehmer
Ort der Leistung:	
Leistungszeitraum:	
Nettoauftragswert:	€
Sonstige Anmerkung / Erklärung	

IV.) Registereintragungen

Ich bin/Wir sind

- im Handelsregister eingetragen.
- für die auszuführenden Leistungen in die Handwerksrolle eingetragen.
- bei der Industrie- und Handelskammer eingetragen.
- zu keiner Eintragung in die genannten Register verpflichtet.

Bei Eintragung im Handelsregister reiche/n ich/wir mit dem Angebot einen **aktuellen Handelsregisterauszug** ein.

V.) Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich/wir bin/sind Mitglied der Berufsgenossenschaft

- ja, und zwar bei der BG .
- nein.

VI.) Freistellungsbescheinigung

Eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG für mein/unser Unternehmen

- liegt vor.
- liegt nicht vor.

Soweit zutreffend, reiche/n ich/wir mit dem Angebot eine **aktuelle Freistellungsbescheinigung gem. § 48b EStG** ein.

Die Auftraggeberin behält sich vor, zur Aufklärung im Einzelfall, etwa bei Unklarheiten, weitere Angaben und Unterlagen innerhalb einer angemessenen Frist anzufordern.

Ort, Datum

Erklärung in Textform gem. § 126b BGB: Name des Unternehmens